

## SVP-Politiker wollen Kraftwerke am Rhein

**Energiepolitik** Der Kanton St. Gallen soll mehr Strom aus Wasserkraft gewinnen: Das fordern die SVP-Kantonsräte Mirco Rossi und Walter Freund in einer Interpellation. Dies dränge sich nach dem Ja des Stimmvolks zur Energiestrategie auf. Wenn in Zukunft die Atomkraftwerke als Stromquelle wegfallen würden, entstehe eine Stromlücke, die geschlossen werden müsse – am besten mit Wasserkraft. Rossi und Freund schlagen vor, dass der Kanton St. Gallen den Rhein für die Energieproduktion nutzen soll. Dieser könne theoretisch ein Drittel der Bevölkerung im Kanton – gegen 170 000 Einwohner – mit Strom versorgen.

### «Ist die Regierung bereit, Rhese zu sistieren?»

Die Interpellanten verweisen auf Projektskizzen, wonach das Stromgewinnungspotenzial des Rheins zwischen Reichenau in Graubünden und dem Bodensee bis zu 1560 Gigawattstunden beträgt. Doch die Regierung verbaue sich dieses Potenzial, indem sie den Rhein «grosszügig renaturiere», bemängeln Freund und Rossi. Sie wollen unter anderem wissen, welchen Stellenwert die Regierung der Stromproduktion im Vergleich mit Natur- und Heimatschutz einräume – nach dem Ja des Volkes zur Energiestrategie. «Ist die Regierung bereit, das Potenzial des Rheins zur Erzeugung elektrischer Energie zu nutzen und entsprechende Projekte zu unterstützen und zu forcieren?» Dies bedeute jedoch, dass Vorhaben wie das Hochwasserschutzprojekt Rhese zu sistieren seien. Ausserdem fragen die Interpellanten, an welchen anderen Gewässern im Kanton die Regierung noch Potenzial zur Förderung der Wasserkraft sehe. Die Antwort der Regierung steht noch aus. (av)

## Grossprojekt auf «Vinora»-Areal

**Umnutzung** Die Verpackungsfirma Petroplast-Vinora hat Ende Februar ihren Betrieb an den Standorten Andwil und Jona eingestellt. Für das Gelände in Jona gibt es nun neue Pläne. Das Areal soll in eine Wohn- und Gewerbezone umgewandelt werden, wie die «Südostschweiz» schreibt. Die Pläne zur Umzonung liegen ab heute für 30 Tage öffentlich auf. Laut dem städtischen Bauchef Thomas Furrer könnten auf dem rund 25 000 Quadratmeter grossen Areal bis zu 220 Wohnungen entstehen. Zudem soll es Räume für Gewerbebetriebe geben. Laut Simon Schneider, Verwaltungsrat der Petroplast-Vinora, sind beispielsweise Start-ups, kleine Läden und ein Café denkbar. Die Stadt hat einen Projektwettbewerb ausgeschrieben. Sie will im Rahmen des Vorhabens rund 20 besonders günstige Wohnungen bauen, dies zusammen mit einer Baugenossenschaft. Auch der Petroplast-Vinora sei es ein Anliegen, dass nicht nur Wohnungen «für Besserdienende» entstehen, erklärt Schneider. Man wolle ein urbanes und belebtes Quartier, in dem alle Generationen Platz hätten. Schneider hofft, dass die Bauarbeiten im Jahr 2020 beginnen können. (red)



Gute Verkehrswege – wie hier in St. Gallen –, genügend Bauland, neue Wohneigentumsformen in urbanem Gebiet und tiefere Steuerlast sind aktuelle Ziele des HEV. Bild: Ralph Ribi

# «Wohneigentum wird überleben»

**Jubiläum** Der St. Galler Hauseigentümerversand ist hundert Jahre alt. Schon 1917 war der Kampf gegen höhere Abgaben ein zentrales Thema – und ist es bis heute. Dennoch bleibe Wohneigentum attraktiv, sagt der Präsident.

**Fritz Bichsel**  
ostschweiz@tagblatt.ch

Für den Hauseigentümerversand (HEV) des Kantons St. Gallen hat der politische Kampf zentrale Bedeutung. Das zeigt etwa die Tatsache, dass an der Versammlung der Delegierten aus den örtlichen oder regionalen HEV-Sektionen im Kanton heute in der Lokremise St. Gallen die Ständerätin Karin Keller-Sutter das Festreferat hält. In der Jubiläumsschrift zu 100 Jahre HEV Kanton St. Gallen nehmen weitere Politiker Stellung (siehe Zweittext).

Wie der HEV Schweiz (seit 1916 aktiv) und der HEV Kanton St. Gallen (seit 1917) feiern seit kurzem oder in Kürze auch regionale Sektionen das 100-Jahr-Jubiläum. Auslöser für die Gründungswelle in der Zeit des Ersten Weltkrieges waren Belastungen für Hausbesitzer: Aus Finanznot führte der Bund eine Kriegsteuer und der Kanton St. Gallen hohe Beiträge der Eigentümer an die Strassen ein. Den Kampf gegen höhere Abgaben bezeichnet Kantonalpräsident Walter Locher als wichtige Aufgabe des HEV auch heute und in Zukunft.

Auch wirtschaftliche Probleme von Eigentümern gaben Anstoss zur Verbandsgründung. Der HEV half mit einer Versicherung gegen Ausfälle, weil in der Kriegszeit viele Mieter die Wohnung aufgeben mussten. Heute bietet er eine ganze Reihe Dienstleistungen, von Beratung über Ausbildung oder Vergünstigung bei Einkäufen bis zum Verkauf von Liegenschaften. Der Kantonalverband St. Gallen führt dafür seit 20 Jahren ein Unternehmen, die HEV Verwaltungs AG.

Der Hauseigentümerversand ist gleich föderalistisch organisiert wie die Schweiz. Auf Bundes- und Kantonsebene werde das wegen der politischen Aufgaben so bleiben, sagt Locher. In den Sektionen für einzelne oder mehrere Gemeinden stehen hingegen Dienstleistungen für Mitglieder im Vordergrund. Damit diese professionell angeboten werden können, entstehen grössere Sektionen. Locher erwartet weitere regionale Zusammenschlüsse, wie sie beispielsweise im Sarganserland oder im Toggenburg bereits erfolgten. Wie in der Politik hält auch der HEV für seine Arbeit das Milizsystem

hoch. Allerdings wirken in der Führung des Kantonalverbandes und seiner derzeit 17 Sektionen erst vereinzelt Frauen mit.

### Fast 30 000 Mitglieder im Kanton

Hauseigentümer sind im St. Galler Kantonsrat die grösste Gruppe und auch im Bundesparlament eine grosse, in der Bevölkerung jedoch in der Minderheit – dies im

Gegensatz zu anderen Ländern. So gelang es ihnen bisher nicht, die 1934 in der Wirtschaftskrise eingeführte Eigenmietwertsteuer wieder abzuschaffen. Der Anteil der Wohneigentümer schwankt nach Struktur, im Kanton St. Gallen von 15 Prozent in Städten bis zu gut 50 Prozent auf dem Land. Mit Eigentumswohnungen holen urbane Regionen auf. Walter Locher erachtet es als

Aufgabe des Verbandes, hier auch neue Eigentumsformen zu entwickeln. HEV-Mitglieder hat St. Gallen überdurchschnittlich viele: fast 30 000, neun Prozent des Gesamtverbandes, bei einem Bevölkerungsanteil von sieben Prozent. Im Kanton kämpft der Verband derzeit bei Richtplan und Baugesetz für genügend Bauland und Baumöglichkeiten, beim Verkehrskonzept für bessere Erreichbarkeit mit dem privaten und öffentlichen Verkehr und in der Finanzpolitik gegen weitere Steuererhöhungen.

«Wohneigentum bleibt attraktiv. Die schwierige Situation beim Finanzieren wird sich wieder ändern; Haus- und Grundeigentum wird weitere 100 Jahre überleben», blickt der Kantonalpräsident in die Zukunft. Zentral ist für Locher, dass das Eigentum weiterhin gefördert wird: vom Staat bei der Steuerpolitik, vom Verband durch Dienstleistungen und politischen Kampf. «Die Vision vom Eigenheim muss möglich bleiben.» Denn Eigentum sei «fundamental für das Funktionieren unseres Staates und ein tragender Pfeiler einer liberalen Gesellschaft».

## Politische Stimmen zum Fest

**Anlässe** Die 100. Delegiertenversammlung des kantonalen HEV heute in St. Gallen steht im Zeichen der Festrede von Ständerätin Karin Keller-Sutter (FDP). Sein Jubiläum feierte der Verband auch mit einem Fest im Circus Knie für über 2000 Mitglieder und Gäste. An der DV stellt er heute die Jubiläumsschrift vor. In dieser äussern sich Politiker – Marc Mächler (FDP), Brigitte Häberli (CVP) und Roger Köppel (SVP) –, aber auch der Philosoph Ludwig Hasler oder der liberale

Denker Robert Nef. Illustriert ist die Schrift, die mit der Verbandszeitung an die Mitglieder geht, mit Fotos aus einem Wettbewerb unter den Mitgliedern. Walter Locher, HEV-Präsident und FDP-Kantonsrat, schreibt im Vorwort: «Privates Eigentum verbindet Freiheit mit Verantwortung, Entscheidung mit Haftung und Rendite mit Risiko. Diese elementaren Grundsätze sind in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in den letzten Jahren immer mehr in Vergessenheit geraten.» (fbi)

## Kantonsräte drängen auf Neubau für Berufsschule

**Bauvorhaben** Das Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil-Jona ist baulich in einem schlechten Zustand. Kantonsräte aus der Region verlangen von der Regierung, dass sie die Pläne für einen Neubau vorantreibt.

15 bis 20 Jahre. So lange könnte es noch dauern, bis der Kanton den Neubau für das Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) im Südquartier von Rapperswil-Jona erstellt. Viel zu lange, findet CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona. Zusammen mit Josef Kofler (SP), Peter Zuberbühler (FDP) und Bernhard Zahner (SVP) hat sie einen Vorstoss eingereicht. Die vier Parlamentarier erkundigen sich nach

dem Stand der Planung und dem Fahrplan für den Neubau.

Für die Investitionsplanung der St. Galler Regierung gebe es zwei Listen, sagt Suter: eine für die prioritären Bauvorhaben und eine für die nicht prioritären. «Das Problem ist, dass das BWZ auf keiner der beiden Listen auftaucht. Es ist überhaupt nicht auf dem Radar.» Damit sei der Neubau nicht einmal Teil der für die nächsten zehn Jahre geplanten

Investitionen. Suter erinnert daran, dass die Regierung schon vor zehn Jahren festgestellt habe, es brauche einen Neubau. Stattdessen verlottere das BWZ am heutigen Standort weiter.

### Vorrang für Bildungsbauten

Die Situation für Schüler und Lehrpersonen sei unzumutbar, und der Ruf der Schule leide, sagt Suter. Sie wünscht sich, dass Bil-

dungseinrichtungen Vorrang vor Kulturprojekten und Verwaltungsgebäuden haben, wenn es um die Priorisierung von Investitionen geht. Dies umso mehr, als eine Regionalstudie aufzeige, dass der Kanton St. Gallen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und Hochqualifizierten ein grosses Problem habe. Pikant ist, dass in Rapperswil-Jona ein Areal zur Verfügung steht, auf dem der Kanton rasch bauen könnte. Im

November entschieden die Stimmbürger von Rapperswil-Jona mit grosser Mehrheit, dem Kanton zwei Grundstücke für den BWZ-Neubau zu verkaufen. Der Kaufvertrag ist befristet bis Ende 2035, wobei der Kanton die Frist nochmals um fünf Jahre verlängern kann. Die Regierung hat den Vorstoss noch nicht beantwortet.

**Elvira Jäger**  
ostschweiz@tagblatt.ch